

'Wir müssen ständig um Vertrauen werben'

Süddeutsche Zeitung, 10. Dezember 2012

Klaus Regling, Sohn eines Tischlermeisters, ist Chef des 700 Milliarden Euro schweren Europäischen Stabilitäts- mechanismus, kurz ESM. Ein Gespräch über die Schwierigkeiten, die Bürger von der Anti-Krisen-Politik zu überzeugen

Interview: Cerstin Gammelin und Claus Hulverscheidt

SZ: Herr Regling, vertrauen Ihnen Ihre Freunde eigentlich noch?

Klaus Regling: Warum sollten sie das nicht tun?

Weil in der Euro-Krise viele Menschen in Deutschland das Gefühl haben, dass mit ihrem Geld nicht ordentlich umgegangen wird. Dass sie für die Fehler anderer zahlen müssen. Dafür steht der Europäische Stabilitätsmechanismus, der ESM exemplarisch - und sein Chef.

Diese Sorgen kommen in der Tat auch mir zu Ohren, wenn ich mit Freunden spreche.

Und was sagen Sie ihnen?

Dass ich ihre Sorgen ernst nehme, dass sie aber unbegründet sind. Weder verteilen wir Geschenke, noch wird die Politik der Europäischen Zentralbank zu Inflation führen. Nehmen Sie den IWF, den Internationalen Währungsfonds: Der vergibt seit 60 Jahren Kredite an Länder - und er hat noch nie ein Jahr mit Verlust abgeschlossen.

Sie argumentieren zu kopflastig. Die Sorge der Menschen entsteht im Bauch. Es ist das Gefühl, dass es bei der Euro-Rettung nicht mit rechten Dingen zugeht.

Ängste entstehen in der Tat im Bauch und die Materie ist komplex. Man kann nicht von allen Bürgern erwarten, dass sie alles verstehen, was wir tun. Man muss also um Vertrauen werben und jeden Tag neu versuchen, die Menschen zu überzeugen. Umso wichtiger ist die Rolle der Medien!

Und die der Politik!

Und die der Politik.

Wem fühlen Sie sich als ESM-Chef eigentlich verpflichtet? Den Märkten, den Regierungen - oder den Steuerzahlern?

Das ist völlig eindeutig: Die 17 Finanzminister der Euro-Zone bilden eine Art Aufsichtsrat des ESM. Ihnen bin ich Rechenschaft schuldig, auch im rechtlichen Sinne. Und hinter den Ministern stehen die Bürger. Ihnen fühle ich mich verpflichtet.

Muss der ESM vielleicht noch stärker demokratisch kontrolliert werden?

Wir haben gerade in Deutschland ein Maß an demokratischer Kontrolle, das kaum noch zu steigern ist. Der Finanzminister muss vor jeder Entscheidung in Brüssel die Zustimmung des Bundestags einholen.

Aber ist es nicht seltsam, dass ausgerechnet in dem Land, in dem nach Ihrer Ansicht ein Optimum an demokratischer Kontrolle herrscht, die größten Zweifel an der Rettungspolitik bestehen?

Demokratische Kontrolle löst ja nicht das Problem, dass die Menschen sich mit dem, was wir tun, überfordert fühlen. Da hilft nur erklären.

Warum erklärt dann niemand, dass man die 40 Milliarden Euro, die der ESM jetzt für Spaniens Banken bereitstellt, sich hätte sparen können: Wenn Madrid früher reagiert und die großen Gläubiger der Institute gezwungen hätte, ihre Kredite in Beteiligungen umzuwandeln.

Wenn man die vorrangigen Gläubiger zu einem solchen Programm gezwungen hätte, hätte das erneut zu riesigen Verwerfungen auf den Finanzmärkten führen können. Auch in Deutschland. Wer, bitte schön, soll denn einer Bank noch Geld leihen, wenn er die Sorge haben muss, dass sein Darlehen eines Tages plötzlich in Aktien minderer Qualität umgetauscht wird?

So funktioniert Haftung.

Vertrauen wird man auf diesem Wege jedenfalls nicht wiederherstellen.

Sie riskieren das Vertrauen der Bürger, um das Vertrauen der Märkte nicht zu riskieren?

So ist es doch nicht. Der Staat übernimmt Bürgschaften für Kredite etwa an Irland, Portugal und Spanien, von denen ich überzeugt bin, dass sie voll zurückgezahlt werden. Es ist ein normales Verfahren, das es an anderen Stellen im Bundeshaushalt auch gibt, etwa bei Exportbürgschaften.

Noch einmal: Sind nicht instabile Demokratien am Ende das größere Risiko als instabile Finanzmärkte?

Wenn das die Alternative wäre, würde ich Ihnen recht geben. Aber ich denke, so ist es nicht. Und wir wissen, wie wichtig ein stabiles Finanzsystem für eine gut funktionierende Wirtschaft ist.

Warum vertraut uns Europäern in der Welt trotzdem keiner mehr?

Europa hat Vertrauen verloren, ob zu Recht oder zu Unrecht spielt keine Rolle. Jetzt ist es wichtig, zu zeigen, dass die Währungsunion besser funktionieren wird, die europäische Integration nicht am Ende ist, dass es weitergeht mit Bankenunion, Fiskalunion, politischer Union.

Wir hatten nach den Ursachen des Vertrauensverlusts gefragt.

Im Finanzmarkt haben die Banken nicht mehr gewusst, wer noch kreditwürdig ist und wer nicht. Das hat schädliche Auswirkungen auf die reale Wirtschaft. Internationale Investoren haben gesehen, dass es sehr lange dauert in Europa, zu Lösungen zu kommen ...

...was schon immer so war ...

Es gab und gibt Leute in der Welt, besonders im angelsächsischen Raum, die noch nie geglaubt haben, dass die Währungsunion funktioniert. Die fühlen sich jetzt bestätigt. Dabei sind es die Skeptiker, die früher schon falschlagen und die wieder falschliegen werden. Sie verstehen nicht, wie die Währungsunion funktioniert.

Wie sollen die Investoren auch einer Währungsunion vertrauen, die nur funktioniert, weil ein großes Rettungsnetz aufgespannt ist?

Das ist eine völlig falsche Aussage. Wenn das so wäre, sollten Investoren der Währungsunion nicht vertrauen. Aber das ist ja nicht der Fall.

Dann verdankt es die Währungsunion also nicht zwei gut gefüllten Rettungsfonds, dass sie noch existiert?

Die beiden Fonds sind nicht das Einzige, worauf wir die Stabilität des Euro bauen. Die Haushalte werden saniert, strukturelle Reformen durchgezogen, das Bankenwesen erneuert. Und dann gibt es die Rettungsfonds, ergänzend zu den anderen Maßnahmen. Rettungsfonds allein lösen die Krise nicht, ergänzend können sie sehr hilfreich sein. Genau wie der IWF eben seit 60 Jahren sehr hilfreich in Krisen ist. Nicht nur weil er Geld gibt, wenn die Märkte keines mehr geben, sondern weil er Geld

gibt, wenn eine Regierung bereit ist, eine schlechte Wirtschaftspolitik zu ändern. So lange, bis die bessere Wirtschaftspolitik Früchte trägt. Das dauert zwei, drei Jahre. Das ist im internationalen Maßstab ein völlig normales Verfahren - nur in der deutschen Öffentlichkeit wird das nicht wahrgenommen. Wir haben hier in Europa doch nichts völlig Neues erfunden.

Einem Investor in Singapur muss es doch so vorkommen, dass Europa das einzige Gebilde ist, das einen Schutzschirm braucht? Amerika braucht keinen, Asien auch nicht.

Auch diese Vorstellung ist falsch. Investoren in Asien und Lateinamerika erinnern sich sehr gut, welche wichtige Rolle der IWF dort früher gespielt hat. Ich bin jedes Jahr mehrmals in Asien, auch in Singapur. Ich weiß genau, was sie dort stört.

Was stört sie denn?

Es ist schwierig zu verstehen, wie 17 Länder in der Währungsunion zusammenarbeiten, oder 27 in der EU. Das ist auch für Europäer manchmal schwer nachzuvollziehen, wir sind kompliziert. Und in der Krise macht sich das noch viel stärker bemerkbar. In den ersten zehn Jahren des Euro ging alles glatt, Probleme wurden verdeckt. Es gab zu viel Liquidität von den Zentralbanken. Die Integration von China, Russland, Indien in die Weltökonomie hielt die Arbeitskosten niedrig.

Was also ist das größte Problem?

17 Demokratien können nicht so schnell reagieren wie Finanzmärkte, die sich jede Minute ändern. Politische Prozesse brauchen Zeit.

Das kann man auch mit Reformen nicht ändern.

Deshalb ist es ja wichtig, dass man die Grundsatzprobleme der Währungsunion angeht. Wir haben uns auseinanderentwickelt, in der Wettbewerbsfähigkeit, bei den Haushaltsplanungen. Wir müssen uns wieder aufeinander zubewegen. Das passiert, und deshalb besteht Hoffnung. Das Glas ist nicht halb leer, sondern halb voll. Ich sage nicht, dass es perfekte Zustände gibt. Sondern Fortschritte. In vielen Ländern in der Peripherie der Währungsunion sinken die Lohnstückkosten, und das ist ein guter Indikator dafür, dass es bergauf geht.

Aber vieles klappt eben nicht. Die Regeln für sicherere Bankengeschäfte etwa verspäten sich weiter.

Nur weil im Moment etwas nicht klappt, heißt das nicht, dass nichts funktioniert. Griechenland etwa hat in den letzten drei Jahren zwölf Prozent eingespart.

Zur griechischen Wahrheit gehört aber auch, dass manch Unangenehmes nicht angepackt wird. Die Reeder zahlen keine Unternehmenssteuer, die Kirche keine Grundsteuer, und die Gewerkschaften blockieren Lohnsenkungen.

Es ist viel zu tun, das bestreite ich nicht. Ich bestreite allerdings, dass nichts passiert.

Wenn es zu einem Schuldenschnitt kommen sollte, verzichtet dann auch der Rettungsfonds auf einen Teil seines Gelds?

Das ist kein Thema im Moment. Ich denke, das Paket, auf das sich die Euro-Staaten im November geeinigt haben, gibt Griechenland mehr Luft. Die Zinskonditionen wurden verbessert, die Zahlungsfristen verlängert. Ob in Zukunft noch mehr nötig ist, kann heute keiner mit Gewissheit sagen.

Finanziert der Hilfsfonds die Griechen-Kredite noch kostendeckend?

Natürlich. Wir finanzieren das zweite Hilfsprogramm und leiten das Geld zum Selbstkostenpreis weiter. Mit einer kleinen Marge für Verwaltungskosten. Das machen wir auch so für Portugal und Irland. Da ist kein Raum für Zinssenkungen.

Genau solche Senkungen hält der deutsche Regierungssprecher für möglich.

Wenn die Zinsen weiter sinken sollen, müssten die Mitgliedstaaten die Differenz durch ihre Haushalte aufbringen. Anders geht es nicht. Wir müssen unseren Kreditgebern die Zinsen zahlen, die vereinbart sind. Das ist rechtlich verbindlich zugesagt. Anleihebesitzer können sicher sein, dass alles vollständig beglichen wird.

Wie soll das gehen? Schließlich hat der Rettungsfonds Griechenland gerade einen Zinsaufschub gewährt.

Es ist nur ein Aufschub. Die Zinsen müssen später bezahlt werden.

Und wie finanzieren Sie sich bis dahin? Sie müssen ja die Schulden bedienen.

Das finanzieren wir durch zusätzliche Kreditaufnahme.

Ist der Euro nach all den Rettungs- und Sanierungsmaßnahmen nun sicher?

Vor ein paar Monaten war die Mehrheit der Kapitalanleger überzeugt, dass der Euro nicht überleben wird. Als ich vor ein paar Tagen in London war, stellte ich fest, dass sich die Stimmung völlig gedreht hat. Das muss nicht so bleiben, aber die Investoren haben sehr wohl registriert, dass einige große Hedgefonds sich mit ihren Wetten auf ein Scheitern der Währungsunion heftig verspekuliert und viele Milliarden Euro verloren haben. So etwas beeindruckt die Märkte mehr als Brüsseler Beschlüsse. Es gibt auch wieder außereuropäische Investoren, die spanische oder italienische Anleihen kaufen.

Das könnte sich rasch wieder ändern, denn in Italien kehrt gerade das Schreckgespenst Berlusconi zurück.

Italien hat im vergangenen Jahr wichtige Reformen angeschoben. Das haben die Märkte bislang honoriert, allerdings haben sie auf die aktuellen Entwicklungen Ende vergangener Woche beunruhigt reagiert. Für Italien und für die Währungsunion ist es wichtig, dass der Reformprozess fortgesetzt wird.